ECONSTOR

WWW.ECONSTOR.EU

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Kirstein, Roland

Working Paper

Markt und Marktwirtschaft

CSLE Discussion Paper, No. 2006-11

Provided in Cooperation with:
Saarland University, CSLE - Center for the Study of Law and Economics

Suggested Citation: Kirstein, Roland (2006) : Markt und Marktwirtschaft, CSLE Discussion Paper, No. 2006-11

This Version is available at:
http://hdl.handle.net/10419/23089

Nutzungsbedingungen:
Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter
→ http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen
nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:
The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at
→ http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Markt und Marktwirtschaft

Roland Kirstein

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg , Professur für „Business Economics“

und

Universität des Saarlands, Center for the Study of Law and Economics

Discussion paper 2006-11

Der Beitrag führt in das Konzept der Marktwirtschaft ein. Im Vergleich mit anderen Wirtschaftsordnungen wird der Preismechanismus als entscheidender Unterschied herausgestellt, der zugleich Anreiz- und Informationswirkung entfaltet und somit Ineffizienzprobleme der alternativen Systeme zu überwinden vermag. Die strengen Anforderungen der ökonomischen Theorie müssen nicht einmal erfüllt sein, wie Experimente gezeigt haben. Allerdings kann es aufgrund externer Effekte, asymmetrischer Information oder natürlicher Monopole zu Marktversagen kommen; ein weiterer Ansatzpunkt für die Notwendigkeit staatlicher Regulierung wären unerwünschte Verteilungswirkungen. Der Beitrag nimmt Bezug auf die moderne Institutionenökonomik und geht auf makroökonomische Erwägungen ein.

The paper provides an introduction to market economy. In comparison to other economic systems, the most important difference appears to be the existence of market prices which are created spontaneously. Hence, prices do not only provide an incentive system, but also aggregate dispersed information. Experiments have demonstrated that the price system may render efficiency even if the strict assumptions of economic theory are not fulfilled. However, inefficiency can arise due to market failure. A further justification for governmental regulation of markets can be found in unsatisfying distributional results. The paper briefly highlights the relations of neoclassical theory with modern institutional economics as well as with macroeconomics.

Keywords: *market failure, spontaneous order, Ordoliberalism, experiments, efficiency.*
JEL codes: *A10, B20, P10*
Encyclopedia of Law and Economics: *0010, 0700*

Erscheint in: Gosepath, S./Hinsch, W./ Leist, A./ Rössler, B. (eds.),
Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie, Berlin/New York: Walter de Gruyter.

1. Wirtschaftssysteme

Jedes Wirtschaftssystem organisiert den Umgang mit knappen Ressourcen und beantwortet dabei zwei Fragen: Welche Güter sollen unter Verwendung welcher der vorhandenen Ressourcen hergestellt werden? An wen sollen die hergestellten Güter verteilt werden? In einer Marktwirtschaft werden diese Fragen mit Hilfe von Märkten beantwortet. Ein Markt ist ein Ort, an dem Angebot und Nachfrage für ein Wirtschaftsgut aufeinandertreffen. Ort ist hier nicht in einem geographischen Sinne zu verstehen; so gibt es auch virtuelle Märkte wie etwa Internetauktionen. Auf der Angebotsseite finden sich die Akteure, die ein Gut oder eine Dienstleistung besitzen oder herstellen. Auf der Nachfrageseite stehen die Akteure, die am Erwerb eines Gutes Interesse haben. Ist der Nutzen einiger Nachfrager größer als der mancher Anbieter, dann ist es effizient, wenn zwischen diesen Akteuren ein Handel zustande kommt.

2. Markt und Effizienz

Die positive ökonomische Theorie postuliert, daß dieses Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage zur spontanen Herausbildung eines Marktpreises führt. Zudem determiniert der Marktpreis die an einem Markt gehandelte Menge des Gutes. Stimmt die zu einem Preis angebotene Menge mit der zu diesem Preis nachgefragten Menge überein, dann befindet sich der Markt im Gleichgewicht. Die heute übliche Darstellung eines Marktgleichgewichts als Schnittpunkt einer fallenden Nachfrage- und einer steigenden Angebotskurve stammt von Alfred Marshall (1890). Für eine Ökonomie aus zahlreichen Märkten haben die Ökonomie-Nobelpreisträger Kenneth J. Arrow und Gerard Debreu (1954) die Voraussetzungen dafür gezeigt, daß alle Märkte im Gleichgewicht sind. Der schottische Moralphilosophen Adam Smith (1776) beschrieb dies mit dem Bild der „unsichtbaren Hand“: Die Gleichgewichtskombination von Preis und Menge entsteht als spontane Ordnung aus der Aggregation vieler individueller Pläne, wobei kein Individuum dieses Ziel intendiert zu haben braucht.

Die normative Theorie widmet sich der Frage, ob diese spontane Ordnung effizient ist. Ein ineffizientes Marktergebnis („Marktversagen“) würde einen regulierenden Eingriff nahelegen, oder gar den Übergang zu einem alternativen Wirtschaftssystem. Die idealtypische Alternative zur Marktwirtschaft ist die Zentralverwaltungswirtschaft. Hier werden die beiden oben angeführten Fragen, also der der gesamtwirtschaftliche Produktions- und Verteilungsplan, durch einen zentralen Planer (bzw. eine Planungsbehörde) beantwortet.

Kritiker der Zentralverwaltungswirtschaft können sich auf Adam Smith berufen, wenn sie auf die beiden dieser Wirtschaftsordnung innewohnenden Anreizprobleme verweisen. Weder die Behördenplaner, noch die wirtschaftlichen Akteure haben in einer Zentralverwaltungswirtschaft Anreize, mit den vorhandenen Ressourcen effizient umzugehen. Der Freiburger Ökonomie-Nobelpreisträger Friedrich August v. Hayek hat im Jahre 1945 zudem auf das Informationsproblem des Zentralplaners hingewiesen. Mitarbeiter einer solchen Behörde werden kaum den Nutzen abschätzen können, den Interessenten Gütern zumessen; zudem kennen sie nicht die besten Möglichkeiten zur Transformation von Ressourcen in nützliche Güter. Die Lösung beider Informationsprobleme würde Ressourcen erfordern, die dann nicht mehr in nutzenstiftende Güter transformiert werden können.

Marktpreise können dagegen in der Marktwirtschaft einen Beitrag zur Lösung sowohl der Anreiz- als auch der Informationsprobleme leisten. Der spontan gebildete Preis spiegelt zum einen die Bewertung des letzten noch versorgten Nachfragers wider; zum anderen den Ressourcenaufwand, der zur Bereitstellung dieser letzten („marginalen“) Einheit getrieben werden muß. Der Preis ist also nicht nur die Belohnung, die der Anbieter für das Bereitstellen des Gutes erhält, sondern begrenzt auch das Streben nach dieser Belohnung auf ein effizientes Maß. Gleichzeitig begrenzt der Marktpreis das Streben der Nachfrager nach dem Gut; es wür-

de zwar durchaus weiteren Nutzen stiften, mehr als die Gleichgewichtsmenge zu erhalten, aber die zusätzlichen Kosten überwiegen den Zusatznutzen. Schließlich sendet der Marktpreis ein Signal, wie Ressourcen verwendet werden sollten. Staatliche Preiskontrollen (wie etwa die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne) würden nicht nur Fehlanreize setzen, sondern auch die Informationsfunktion des Preissignals stören.

3. Marktwirschaft und die moderne Ökonomie

3.1 Der walrasianische Auktionator

Die ökonomische Theorie vermag jedoch nicht überzeugend zu erklären, wie sich durch das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage ein Marktgleichgewicht (Preis und Menge) spontan herausbildet. Eine Hilfestellung bietet die Metapher vom „walrasianischen Auktionator“ (benannt nach dem französischen Ökonom Leon Walras). Dieser fiktive Auktionator ruft versuchsweise einen Preis aus und fragt die Akteure auf beiden Marktseiten, welche Mengen sie zu diesem Preis anzubieten bzw. nachzufragen bereit sind. Stimmen die aufaddierten Mengen der beiden Marktseiten überein, dann ist der Gleichgewichtspreis gefunden, zu dem nun gehandelt werden kann. Stimmen sie nicht überein, probiert der Auktionator einen anderen Preis aus.

Manche organisierte Märkte wie etwa Wertpapierbörsen funktionieren nach einem sehr ähnlichen Prinzip: Die Anbieter und Nachfrager geben an, wie viele Einheiten sie zu welchem (minimalen bzw. maximalen) Preis zu handeln bereit sind. Eine Zentrale vergleicht diese Angaben und ermittelt daraus den Gleichgewichtspreis. Diese Zentrale leistet nur Hilfestellung und hat – anders als die Planungsbehörde in der Zentralverwaltungswirtschaft – keinerlei planende Funktion.

3.2 Auktionsexperimente

Auf realen Märkten sind weder eine so eine Zentrale noch der walrasianische Auktionator anzutreffen. Der Ökonomie-Nobelpreisträger Vernon Smith hat deswegen untersucht, ob Gleichgewichtspreis und –menge auch ohne diese preisbildenden Institutionen erreichbar sind. Smith (192) schildert ein Experiment, bei denen Anbieter und die Nachfrage in zweiseitigen Auktionen („double oral auctions“) in jeder Runde eine Einheit des Gutes handeln konnten, indem sie sukzessive Preisforderungen bzw. -gebote abgaben. Gehandelt wurde die Einheit des Anbieters mit der niedrigsten Forderung; diese Einheit ging an den Nachfrager, der das höchste Gebot unterbreitet hatte.

Auch diese Interaktion kommt nicht ohne eine zentrale Institution aus, den Spielleiter. Er hat aber nicht die Aufgabe, den Gleichgewichtspreis zu bestimmen, sondern achtet nur auf die Einhaltung der Zuteilungsregeln. Auch ohne walrasianischen Auktionator oder Preisberechnungszentrale wurde in diesen Experimenten annähernd die Gleichgewichtsmenge gehandelt. Allerdings sind bei der „double oral auction“ Transaktionen zu anderen Preisen als dem Marktgleichgewichtspreis beobachtbar; jedoch nähern sich die Transaktionspreise nach mehreren Handelsrunden diesem an. Die spontane Ordnung zwischen den Auktionsteilnehmern „ermittelt“ also trotz der Abwesenheit eines walrasianischen Auktionators das Marktgleichgewicht.

3.3 Marktprozesse

Das Beispiel der „double oral auction“ liefert eine Illustration für die dynamische Konzeption des Marktes, die etwa in der von Schumpeter (1912) begründeten Marktprozeßtheorie vertreten wird. Hoppmann (1988) hat drei simultan ablaufende Prozesse hinter dem Marktgeschehen ausgemacht. Zunächst findet ein Austauschprozeß zwischen den beiden Marktseiten statt. Hinzu kommen zwei parallel ablaufende Prozesse auf den beiden Marktseiten: die Nachfrager

überbieten sich, die Anbieter unterbieten sich gegenseitig. Ein Marktgleichgewicht wird nur dann ereicht, wenn alle drei Prozesse ungestört in einem Markt ablaufen können.

Ist etwa der Parallelprozeß auf der Anbieterseite gestört, liegt also ein Monopol vor, so wird das Marktgleichgewicht nicht erreicht, weil der Anbieter Preissetzungsmacht hat. Er kann einen höheren als den Gleichgewichtspreis wählen und seinen Gewinn erhöhen, weil er nicht auf Konkurrenz Rücksicht nehmen muß, die ihn im Parallelprozeß unterbieten würde. Monopolmacht ist nur durch den Austauschprozeß begrenzt, weil Nachfrager auf höhere Preise mit einer Reduktion der erworbenen Menge reagieren können.

3.4 Marktversagen

Die klassische ökonomische Theorie kennt drei Arten von möglichem Marktversagen: externe Effekte, natürliche Monopole, asymmetrische Information. Externe Effekte entstehen, wenn eine Transaktion nicht nur die Interessen von Anbieter und Nachfrage beeinflußt, sondern auch die (zumindest) einer weiteren Partei. Negative Externalitäten schädigen diese weitere Partei; ein Beispiel sind Schadstoffemissionen bei der Herstellung eines Gutes (positive Externalitäten erhöhen dagegen den Nutzen der weiteren Partei). Die Kosten zur Versorgung eines Nachfragers bestehen aus den zur Produktion benötigten Ressourcen sowie den negativen Externalitäten. Der Anbieter des Gutes kalkuliert jedoch nur die Produktionskosten ein, nicht aber die Externalität. Daher wird bei Existenz negativer Externalitäten am Markt ineffizient viel gehandelt, bei positiven dagegen zuwenig. Die Antwort der klassischen Ökonomie zur Korrektur dieser Art von Marktversagen ist die Erhebung einer Pigou-Steuer, benannt nach dem englischen Ökonomen Arthur Cecil Pigou (1912). Durch Erhebung dieser Steuer wird dem Anbieter oder auch dem Nachfrager der Wert der negativen Externalität belastet, diese also „internalisiert“, was sicherstellen soll, daß am Markt die Gleichgewichtsmenge gehandelt wird.

Eine weitere Quelle von Marktversagen sind natürliche Monopole. Diese entstehen aufgrund von Größenvorteilen, etwa wenn zur Herstellung eines Gutes erhebliche Investitionen nötig sind, deren Höhe nicht von der produzierten Menge abhängen. In so einem Fall wäre es gar nicht wünschenswert, daß mehrere Anbieter aktiv werden. Ein Beispiel stellt die Wasserversorgung dar: Offenbar ist es wirtschaftlich unsinnig, in einer Stadt mehrere Rohrleistungssysteme parallel zu betreiben. Überläßt man aber deswegen die Versorgung einem Monopolanbieter, dann hätte dieser Marktmacht. Staatliche Regulierungspolitik hat hier zum Ziel, solche wünschenswerten Monopolanbieter so zu überwachen, daß sie diese Marktmacht nicht ausnutzen können.

Die dritte Art von Marktversagen kann entstehen, wenn die Anbieter eines Gutes über seine wertbildenden Eigenschaften (etwa die Qualität) besser informiert sind als die Nachfrager. Uninformierte Nachfrager würden ihre Zahlungsbereitschaft nach der durchschnittlichen Qualität ausrichten. Wenn das so ermittelte Preisgebot jedoch dem Anbieter hoher Qualität zu niedrig ist, dann wird er sein Angebot vom Markt zurückziehen. Am Markt verbleiben also nur die Güter mittlerer und schlechter Qualität. Wenn die Nachfrager das antizipieren, werden sie ihre Zahlungsbereitschaft weiter verringern, was wiederum die Anbieter mittlerer Qualität zum Rückzug bewegen könnte. An so einem Markt würde nur die schlechte Qualität gehandelt werden. Dabei wäre es effizient, wenn auch höhere Qualitäten gehandelt würden, weil die Zahlungsbereitschaft der Nachfrager, könnten sie die Qualität sicher identifizieren, die Kosten der Anbieter übersteigt. Der Ökonomie-Nobelpreisträger George Akerlof hat ein einem bahnrechenden Artikel im Jahre 1970 auf dieses Problem hingewiesen. Garantieversprechen können diese Art von Marktversagen vermeiden; staatliche Regulierungspolitik zielt in solchen Fällen darauf ab, den Anbietern Informationsoffenlegungspflichten aufzuerlegen.

3.5 Institutionenökonomik

Die moderne Institutionenökonomik beleuchtet die Gründe für „klassisches“ Marktversagen näher, indem sie auf die Bedeutung von Verfügungsrechten und Transaktionskosten hinweist. Transaktionskosten sind Kosten der Marktbenutzung, also etwa die Kosten für die Suche nach Transaktionspartnern sowie für die Spezifikation und Durchsetzung von Verträgen. In der klassischen ökonomischen Theorie werden diese Kosten vernachlässigt. Diese Theorie vermag daher nicht zu erklären, warum manche Transaktionen nicht auf Märkten abgewickelt werden, sondern innerhalb von Organisationen. Letztere sind von Hierarchien gekennzeichnet; Anreize werden also nicht durch spontan gebildete Preise vermittelt, sondern eher durch Überwachung in Verbindung mit Belohnung oder Strafe. Der Ökonomie-Nobelpreisträger Ronald H. Coase hat im Jahre 1937 begründet, daß positive Transaktionskosten die Existenz von Organisationen erklären können.

In einem weiteren wegweisenden Aufsatz hat Coase (1960) untersucht, welchen Einfluß Transaktionskosten auf die optimale Zuteilung von Verfügungsrechten spielen. Verfügungsrechte geben einem Akteur das Recht, andere von der Nutzung einer Ressource oder von den aus ihr gezogenen Früchten auszuschließen. Die Verfügungsrechte an einer bestimmten Ressource können einem einzelnen Akteur zugeteilt sein, oder sie können in der Hand unterschiedlicher Akteure liegen. Die Institutionenökonomik hat gezeigt, daß unvollständig zugeteilte oder auch unklar abgegrenzte Verfügungsrechte für ineffiziente Marktergebnisse verantwortlich sind. Anders gewendet: Ein Markt funktioniert nur dann effizient, wenn die Verfügungsrechte klar zugeteilt sind. Bei einem „Allmende-Gut“, das jeder nutzen darf, sind die Verfügungsrechte im oben definierten Sinne niemandem zugeteilt; es steht also zu befürchten, daß ineffiziente Übernutzung stattfindet. Faßt die klassische Ökonomie das Problem der Umweltverschmutzung als eines negative Externalitäten auf (die durch eine Pigou-Steuer internalisiert werden müßten), würde die Institutionenökonomik eher unklar zugeteilte Verfügungs-

rechte verantwortlich machen. Diese Theorie tritt für den Handel mit Verschmutzungsrechten als Alternative zur Pigou-Steuer auf Schadstoffemissionen ein.

3.6 Ordoliberalismus

Marktpreisbildung funktioniert nicht ohne umrahmende Institutionen. Das macht bereits die Figur des walrasianischen Auktionators deutlich, der den Gleichgewichtspreis bestimmt. Aber auch in den „double oral auction"-Experimenten ist ein Moderator unabdingbar, der auf Einhaltung der Regeln achtet. Die Möglichkeit, geschlossene Vereinbarungen durchzusetzen, ist eine implizite Annahme der klassischen Theorie, die erst durch die Institutionenökonomik problematisiert wurde. Für die Durchsetzung von Besitz- und Tauschsicherheit stehen einer Gesellschaft verschiedene institutionelle Arrangements zur Verfügung, die sich nach den mit ihnen verbundenen Transaktionskosten unterscheiden können. Für die Effizienz des Marktgeschehens ist also das Institutionendesign von entscheidender Bedeutung.

Der deutsche Ordoliberalismus, als dessen Hauptvertreter Walter Eucken (1952) gelten darf, hat dieses Ergebnis der modernen Institutionenökonomik vorweggenommen, ohne bereits den Transaktionskostenbegriff einzuführen. Einen ideengeschichtlichen Überblick über die deutsche Ordnungsökonomik bietet Kirstein (2000). Nach dem Konzept des Ordoliberalismus soll der Staat zwar nicht aktiv ins Wirtschaftsgeschehen eingreifen, aber den Ordnungsrahmen setzen, innerhalb dessen die Wirtschaftsakteure ihre Pläne verfolgen können. Um eine Metapher aus der Sportwelt heranzuziehen: der Staat soll die Regeln schreiben und durchsetzen, aber nicht etwa selber Tore schießen (oder gar die Ergebnisse festlegen).

Die ordoliberale Position steht im Gegensatz zur Auffassung von John M. Keynes, der in seiner „Allgemeinen Theorie" (1936) Nachfragemangel am Gütermarkt als Ursache für Unterbeschäftigung am Arbeitsmarkt identifiziert. Nach seiner Analyse müßte der Staat aktiv die Gü-

termarktnachfrage stimulieren. Dieser Staatseingriff wird als Fiskalpolitik bezeichnet, weil die staatliche Güternachfrage durch Steuereinnahmen finanziert werden soll.

Weitgehend einig sind sich die meisten Ökonomen darüber, daß staatliche Eingriffe zur Korrektur unakzeptabler Verteilungsergebnisse des spontanen Marktgeschehens gerechtfertigt sein können. Streit herrscht jedoch um die Maßstäbe, anhand derer unakzeptable Marktergebnisse und akzeptable Verteilungsergebnisse gemessen werden sollen.

4. Literatur

Akerlof, George (1970) The Market for Lemons. In: Quarterly Journal of Economics 84 (3), 488-500.

Arrow, Kenneth J. und Debreu , Gerard (1954) Existence of an Equilibrium for a Competitive Economy. In: Econometrica 22(3), 265-290.

Coase, Ronald H. (1937) The Theory of the Firm. In: Economica, N.S. 4, 386-405.

Coase, Ronald H. (1960) The Problem of Social Cost. In: The Journal of Law and Economics 3 (1), 1-44.

Eucken, Walter (1952) Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen: Mohr (Siebeck).

Hayek, Friedrich A. (1945) The Use of Knowledge in Society. In: The American Economic Review 35 (4), 519-530.

Hoppmann, Erich (1988) Wirtschaftsordnung und Wettbewerb, Baden-Baden: Nomos.

Keynes, John M. (1936) The General Theory of Employment, Interest and Money. Cambridge: Macmillan Cambridge University Press. Deutsch: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin: Duncker & Humblot, 2000.

Kirstein, R. (2000) Law and Economics in Germany. In: Bouckaert, Boudewijn/de Geest, Gerrit (Hrsg.): Encyclopedia of Law and Economics, Band 1, Nr. 0330; Cheltenham: Elgar, 160-227.

Marshall, Alfred (1890) Principles of Economics. London: Macmillan.

Pigou, Arthur C. (1912): Wealth and Welfare. London: Macmillan. Ab 1920 erweitert und veröffentlicht unter dem Titel: The Economics of Welfare, London: Macmillan

Smith, Adam (1776) An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. Reprint 1911, London: Dent.

Smith, Vernon L. (1962) An Experimental Study of Competitive Market Behavior. In: The Journal of Political Economy 70 (2), 111-137.

Schumpeter, Joseph A. (1912) Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Leipzig: Duncker & Humblot (eigentlich 1911), 9. Auflage 1997, Berlin: Duncker & Humblot.